

Referendum Filmgesetz (Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur) – «Lex Netflix»

Worum geht es?

Mit dem Gesetz werden Streaming-Plattformen wie Netflix, Amazon oder Disney+ verpflichtet, jährlich vier Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz in das Schweizer Filmschaffen zu investieren. Wollen die Streaming-Anbieter keine Investitionen tätigen, können sie als Alternative eine Abgabe an das Bundesamt für Kultur (BAK) bezahlen. Diese Ersatzabgabe wird fällig, wenn die Investitionspflicht im Mittel über einen Zeitraum von vier Jahren nicht erreicht wird. Weiter werden mit dem Gesetz Streaming-Plattformen Vorgaben zum Angebot gemacht. So müssen künftig 30 Prozent aller Filme europäische Produktionen sein.

Die Vorlage wurde von beiden Räten im Oktober 2021 verabschiedet. Von den Jungfreisinnigen, der Jungen SVP und der Jungen GLP sowie einigen Kantonalsektionen der Jungen Mitte (ZH, GL, SG, BE) wurde das Referendum ergriffen.

Das sagt das Referendumskomitee

Höhere Kosten für Konsumenten

Streaming-Anbieter sowie private TV-Sender müssen mindestens vier Prozent ihrer CH-Bruttoeinnahmen Schweizer Filmschaffenden abliefern oder eine Ersatzabgabe bezahlen. Diese neue Filmsteuer kann überdies beliebig erhöht werden. Der Zwang, künftig millionenschwere Aufträge an schweizerische Filmschaffende zu erteilen, unabhängig davon, ob die gebotenen Inhalte für die zahlenden Mitglieder genügend attraktiv sind, bliebe nicht ohne Folgen. Die steigenden Kosten werden früher oder später zu höheren Abgebühren führen.

Verlust von ausländischen Produktionen

Streaming-Anbieter sowie private TV-Sender müssen neu mindestens 30 Prozent europäische Filme anbieten. Zudem sollen diese besonders gekennzeichnet und gut auffindbar sein. Erfolgreiche Filme und Serien aus dem Ausland fallen somit aus dem Programm. Dies ist eine staatlich verordnete Filmquote.

Vier Prozent ist zu viel

Der Bundesrat beantragt die Investition von vier Prozent der Einnahmen, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Weniger als die Hälfte der europäischen Staaten kennt Investitions- und Abgabepflichten. In Ländern, die eine solche Verpflichtung kennen, liegen diese Pflichten im Schnitt bei ein bis zwei Prozent.

Der Schweizer Film wird schon zur Genüge gefördert

In der Schweiz gibt es bereits eine ausreichende Filmförderung: Vom Bund über die Kantone, Städte und Stiftungen sind alle an Fördermassnahmen beteiligt. Heute belaufen sich diese Investitionen gemäss der NZZ auf rund 150 Millionen Franken im Jahr. Mit dem neuen Filmgesetz kommen nochmals Millionen hinzu.

Das sagen die Befürworter des Filmgesetzes

Gleiche Rechte und Pflichten für alle

Die Schweizer Filmbranche produziert und realisiert hochwertige und international konkurrenzfähige Serien und Filme. Private Schweizer TV-Sender koproduzieren seit Jahrzehnten mit mindestens vier Prozent ihres Umsatzes Schweizer Filme und Serien. Die Einnahmen aber, welche die internationalen Plattformen in der Schweiz generieren, fliessen praktisch ausnahmslos ins Ausland ab. Mit der gesetzlichen Anpassung wird das Potenzial unseres einheimischen Filmschaffens gestärkt und gleich lange Spiesse für in- und ausländische Anbieter geschaffen.

Die Schweiz im europäischen Mittelfeld

Die Schweiz liegt mit der Vier-Prozent-Investitionspflicht unter den europäischen Ländern nur gerade im Mittelfeld. Frankreich verpflichtet Anbieter zu Prozentsätzen von bis zu 26 Prozent, Italien zu solchen von bis zu 20 Prozent.

Die ganze Schweiz profitiert!

Von den vier Prozent Investitionen in der Schweiz profitieren alle. Sowohl die direkt an den Filmen Beteiligten als auch die ganzen Zuliefererinnen, die Menschen an den Drehorten, die Gemeinden, in denen Filme hergestellt werden, die Handwerkerinnen etc. Profitieren werden aber auch die TV- und Streaming-Anbieterinnen: von Know-how und Inspiration «Made in Switzerland» und von einer produktiven Audiovisionsindustrie.

Keine Preiserhöhungen zu erwarten

Netflix hat schon heute die teuersten Abonnemente weltweit im Schweizer Markt. Da wird einfach die Kaufkraft der Schweizerinnen und Schweizer abgeschöpft. Gleichzeitig wächst die Konkurrenz der Plattformen im Moment enorm schnell. Tendenziell ist deshalb zu erwarten, dass die Abonnemente günstiger werden.

Empfehlung

Der Ständerat empfiehlt die Vorlage mit 32 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Annahme. Der Nationalrat empfiehlt die Vorlage mit 124 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme. Die Mitte-Fraktion empfiehlt die Vorlage mit 35 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme.